



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und
Soziales**
am 25.11.2008
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Henri Blanken
Abg. Marcus Blanken
Abg.e Doris Brandt
Abg. Rüdiger Bruns

Abg. Hans-Hermann Engelken

Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg.e Barbara Frömming

Abg. Lühr Klee
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Reinhard Trau
Abg. Marc Reuter

Nichtabgeordnete

Herr Peter Bitomsky

Verwaltung

KVD'in Heike von Ostrowski
Frau Marianne Schmidt
MedOR Ronny Möckel
KA Hermann Hollmann
VOAR Volker Horn
KAR Harald Glüsing
VA Christina Wächtler
KOI Phillip Bartels

Vertretung für Abgeordneten Hans-Klaus
Genter-Mickley

Vertretung für Abgeordneten Hans-Jürgen
Krahn

Vertretung für Abgeordnete Ute Gudella-de
Graaf

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley

Abg.e Ute Gudella-de Graaf

Abg. Hans-Jürgen Krahn

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 27.05.2008
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Sachstandsbericht Tandem e.V.
Antrag der WFB-Kreistagsfraktion im Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 01.09.2008
Vorlage: 2006-11/0581
- 6 Sachstandsbericht ArRoW zum Thema "Abbau der Jugendarbeitslosigkeit"
Vorlage: 2006-11/0582
- 7 Verwaltungshandreichung "Förderung von Seniorenveranstaltungen"
Vorlage: 2006-11/0583
- 8 Haushalt 2009 der Ämter 50, 53 und 55
- 8.1 Zuschussanträge für 2009
Vorlage: 2006-11/0584
- 8.2 Haushaltsplan 2009
Vorlage: 2006-11/0560
- 9 Anfragen
- 9.1 Anfrage des Seniorenrates des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum Betreuten Wohnen für Senioren

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Bargfrede eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales vom 27.05.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 9 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 4 |

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

- a) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über das Quotale System. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass die auf der Grundlage des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) entstehenden Aufwendungen von dem überörtlichen Träger und den örtlichen Trägern der Sozialhilfe gemeinsam getragen und nach Quotenklassen verteilt würden. Sie erläutert weiter, dass die Aufwendungen vom Gemeinsamen Ausschuss überwacht würden, sich der gemeinsame Ausschuss in seiner Sitzung am 17.07.2008 mit dem Abrechnungsergebnis für 2007 auseinandergesetzt habe und einer Überprüfung der Zuordnung zu den Quotenklassen vorgenommen habe. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme), so führt **KVD´in von Ostrowski** weiter aus, empfehle er weiterhin eine Quote von 78 %; somit würden 78 % der Aufwendungen vom Land erstattet. Sie führt weiter aus, dass die Quotenklassen durch das Sozialministerium durch die Verordnung über die Zuordnung der örtlichen Träger der Sozialhilfe zu den Quotenklassen vom 19.09.2006 festgelegt worden seien und sich für das Jahr 2007 voraussichtlich für den Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Nachzahlung in Höhe von 1,9 Mio. € ergeben würde; diese Nachzahlung sei noch nicht eingegangen.
- b) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über den Behindertenbeirat. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass die Bestimmung der Mitglieder durch den Kreistag am 25.09.2008 erfolgt sei und die konstituierende Sitzung am 04.11.2008 stattgefunden habe. Zur Vorsitzenden, so führt sie weiter aus, sei Frau Hela Ettling aus Bremervörde und zum stellvertretenden Vorsitzenden sei Herr Manfred Rathjen ebenfalls aus Bremervörde gewählt worden. Dem Behindertenbeirat, so fährt sie fort, gehörten 9 stimmberechtigte Mitglieder sowie mit beratender Stimme 3 Kreistagsabgeordnete und der Behindertenbeauftragte des Landkreises Rotenburg (Wümme) an.
- c) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über das Ambulant Betreute Wohnen. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass mit dem Herbergsverein Wohnen und Leben e.V. Lüneburg am 31.10.2008 eine Vereinbarung über das Ambulant Betreute Wohnen für den Personkreis der chronisch mehrfachbeeinträchtigten abhängigen Menschen geschlossen worden sei. Damit erhöhe sich, so erläutert sie weiter, die Anzahl der Anbieter für Ambulant Betreutes Wohnen im Landkreis Rotenburg (Wümme) auf fünf. Schließlich berichtet sie, dass chronisch mehrfachbeeinträchtigte abhängige Menschen neben dem Herbergsverein Wohnen und Leben e.V. Lüneburg nur von der GESO betreut würden.
- d) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über die ambulante heilpädagogische Frühförderung. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) mit mehreren Anbietern Vereinbarungen über die ambulante heilpädagogische Frühförderung abschließen können. Sie erläutert weiter, dass es sich bei der heilpädagogischen Frühförderung um eine familienorientierte Förderung für Familien, in denen Kinder mit erheblichen

Entwicklungsbeeinträchtigungen leben, handele. Ziel der heilpädagogischen Förderung sei es, so führt sie aus, einerseits Familien, in denen entwicklungsbeeinträchtigte Kinder leben, zu stärken und ihnen zu ermöglichen, die Entwicklung der Kinder aktiv zu begleiten und zu unterstützen und andererseits, die Kinder zu fördern. **KVD´in von Ostrowski** erläutert, dass die ambulante heilpädagogische Frühförderung auch in Kleingruppen parallel zum Kindergarten angeboten würde. Als Erprobungszeitraum sei das Kindergartenjahr 2007/2008 ausgewählt worden. Aktuelle erfolge, so berichtet sie, die Auswertung, wobei bereits jetzt eine positive Bilanz gezogen worden sei.

- e) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über den Seniorenrat im Landkreis Rotenburg (Wümme). Sie teilt dem Ausschuss mit, dass für das Jahr 2008 dem Seniorenrat des Landkreises eine Zuwendung in Höhe von 2.700,- € zur Wahrnehmung seiner richtliniengemäßen Aufgaben gezahlt worden sei.
- f) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über den Behindertenfahrdienst. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass für die Spezialbeförderung von schwerbehinderten Menschen dem DRK, Kreisverband Rotenburg (Wümme) und der AWO, Ortsverein Bremervörde auf deren Anträge jeweils ein Betrag in Höhe von 11.550,- € ausgezahlt worden sei.
- g) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über die Kontaktstellen. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass für die Unterhaltung von drei Kontaktstellen für die ortsnahe Versorgung seelisch behinderter Kreiseinwohner den Steinfelder Wohngruppen ein Zuschuss in Höhe von 15.000,- € gezahlt worden sei.
- h) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über das Dorfhelferinnenwerk. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass für die Arbeit des Dorfhelferinnenwerkes in Bremervörde und Rotenburg im Jahr 2008 jeweils ein Betrag in Höhe von 500,- € als Zuwendung gezahlt worden sei. Daneben, so erläutert sie weiter, seien alle am 20.11.2007 beschlossenen Aufwendungen ausgezahlt worden.
- i) **KVD´in von Ostrowski** berichtet über die Zukunft des kommunalen Optionsmodells. Sie teilt dem Ausschuss mit, dass dem Gesetzgeber durch das Urteil vom Bundesverfassungsgericht eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2010 eingeräumt worden sei, in der über die Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften und auch über die Zukunft der kommunalen Option zu entscheiden sei. Die Arbeits- und Sozialminister der Länder, so erläutert sie, hätten sich am 14.07.2008 auf eine Änderung des Grundgesetzes verständigt und es sei Einigung dahingehend erzielt worden, dass der Fortbestand des bisherigen Optionsmodell zu gewährleisten sei. Im September 2008 habe das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, so fährt sie fort, Eckpunkte für die Neuorganisation vorgelegt. In diesem Entwurf sei die Option ausdrücklich auf die bestehenden 69 zugelassenen kommunalen Träger beschränkt worden. Darüber hinaus sehe der Entwurf vor, so berichtet **KVD´in von Ostrowski**, dass die bisherige Rechtsaufsicht der Länder durch eine Bundesaufsicht ersetzt werden solle; diese Änderung lehne auch der Niedersächsische Landkreistag ab. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder, so erläutert sie, habe daraufhin am 14.11.2008 einen weiteren Beschluss gefasst und sich gegen eine Bundesaufsicht ausgesprochen. Schließlich berichtet sie, dass eine Mehrheit der Länder eine Ausweitung des Optionsmodells wünsche. **KVD´in von Ostrowski** erläutert weiter, dass weiter Streit zu diesem Thema bestünde, jedoch die Option des Landkreises Rotenburg relativ sicher sei. **Vors. Bargfrede** ergänzt, dass die Option vom Landkreis Rotenburg weiterhin wahrgenommen werden sollte.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Sachstandsbericht Tandem e.V.**
Antrag der WFB-Kreistagsfraktion im Landkreis Rotenburg
(Wümme) vom 01.09.2008

KVD´in von Ostrowski erläutert zunächst, dass es ein Gespräch zwischen **KOAR Horn** und Herrn von Glahn gegeben habe. Hierzu führt **KOAR Horn** weiter aus, dass es sich bei Tandem

e.V. um einen 1993 in Bremervörde gegründeten Verein handele und 1. Vorsitzender dieses Vereins Herr Andreas von Glahn sei. **KOAR Horn** erläutert, dass Tandem e.V. im Februar 1994 mit der Eröffnung der Begegnungsstätte begonnen habe. Bei der Begegnungsstätte handele es sich, so erläutert er weiter, um ein niedrigschwelliges Angebot und biete Besucherinnen und Besuchern einen geschützten Raum innerhalb regelmäßiger Öffnungszeiten, in dem sie bei einer Tasse Tee oder Kaffee ihre Freizeit gemeinsam miteinander verbringen könnten. Er führt weiter aus, dass die Begegnungsstätte bis Frühjahr 2008 nur mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt worden sei, seit dem 01.04.2008 ein Mitarbeiter über § 16a SGB II in Vollzeit tätig sei, ab November 2008 eine weitere Mitarbeiterin über § 16a SGB II beschäftigt werde und dann beide Mitarbeiter von zwei 1€-Jobbern und weiteren ehrenamtlichen Helfern unterstützt würden.

KOAR Horn erläutert weiterhin, dass in 2005 ein niedrigschwelliges Angebot, die „Bremervörder Beschäftigungsinitiative“, gemeinsam mit dem Herbergsverein Wohnen und Leben e.V. und dem Kirchenkreis Bremervörde/Zeven gegründet worden sei. Zwischenzeitlich, so führt er aus, sei der Kirchenkreis Bremervörde/Zeven aus dem Projekt ausgeschieden. Die Beschäftigungsinitiative, so **KOAR Horn**, umfasse die Bereiche Möbel-Markt, Räderwerk, Wohnmobilstation und Formidabel. Der Möbelmarkt in der Bahnhofstr. 5 in Bremervörde, so erläutert er, sei ein privatwirtschaftliches Unternehmen, welches in Kooperation mit der Beschäftigungsinitiative gut erhaltene Möbel, Wohnaccessoires und Gebrauchtgegenstände anbiete. Das Unternehmen biete, so führt **KOAR Horn** aus, Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, denen zurzeit der Zugang auf den ersten Arbeitsmarkt nicht möglich sei. Das Warenangebot, so ergänzt er, richte sich an jedermann. **KOAR Horn** berichtet dann über das Räderwerk und erläutert, dass das Räderwerk in der Bahnhofstr. 5 in Bremervörde einen Räderservice anbiete, welcher die Instandsetzung und Wartung von Fahrrädern sowie das Aufarbeiten gebrauchter und ausgedienter Fahrräder und deren Verkauf umfasse. Das Räderwerk beschäftige zurzeit einen Mitarbeiter über § 16a SGB II, so **KOAR Horn** weiter, biete darüber hinaus Beschäftigungsmöglichkeiten für 1€-Jobber und werde durch 2 ehrenamtlichen Mitarbeiter unterstützt. Er erläutert weiter, dass der Betrieb der Wohnmobilstation am Vörder See von der Stadt Bremervörde gepachtet sei und dort ein 1€-Jobber beschäftigt und zwei ehrenamtliche Mitarbeiter tätig seien. **KOAR Horn** berichtet weiter, dass „Auserwähltes aus erster und zweiter Hand“ das Motto von Formidabel in der Neuen Str. 89 in Bremervörde sei, das Warenangebot Leder- und Töpferwaren, Filz- und Textilarbeiten handgearbeitet aus sozialen Einrichtungen aus der Region umfasse, dort zurzeit zwei 1€-Jobber beschäftigt seien, acht ehrenamtliche Mitarbeiter den Betrieb unterstützten und sich das Warenangebot an jedermann richte. Schließlich führt er aus, dass die Überführung der Beschäftigungsinitiative in eine gemeinnützige GmbH geplant sei und Gesellschafter Tandem e.V. und der Herbergsverein Wohnen und Leben e.V. werden würden. **KOAR Horn** erläutert, dass Tandem e.V. neben dem Tandem-Treff und der Beschäftigungsinitiative seit Oktober 2006 Träger der Bremervörder Tafel in der Neuen Str. 41 in Bremervörde sei, der Betrieb der Bremervörder Tafel sich nach der Satzung des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V. richte, mittlerweile in Deutschland 740 Tafeln mit 1.200 Ausgabestellen existierten und Neugründungen von Tafeln der Genehmigung des Bundesverbandes bedürften. Er berichtet weiter, dass Idee der Tafel sei, Lebensmittel zu verteilen, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden könnten, aber qualitativ noch einwandfrei seien. Hierzu zählten, so erläutert er, beispielsweise Brötchen, Brot und Kuchen vom Vortag, Milch und Milchprodukte kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums, Obst und Gemüse mit kleinen Schönheitsfehlern und Fehlabbildungen. Die Abgabe, so berichtet er, erfolge kostenlos oder gegen einen symbolischen Betrag. Er erläutert, dass die Bremervörder Tafel zwei Mal pro Woche geöffnet habe, aktuell ca. 70 Bedarfsgemeinschaften über die Tafel ergänzend Lebensmittel bezögen und sich das Angebot ausschließlich an SGB II- bzw. SGB XII-Kunden richte, die den Sozialleistungsbezug nachweisen müssten und sodann von der Bremervörder Tafel eigene Bezugsausweise erhielten. Bei der Ausstellung der Ausweise sei, so **KOAR Horn** weiter, der Datenschutz gewahrt und es werde eine Mehrfachausgabe verhindert. Er berichtet weiter, dass seit dem 01.10.2008 pro Lebensmittelausgabe 2,- € als symbolischer Beitrag zu entrichten seien, aktuell drei 1€-Jobber dort beschäftigt seien und ehrenamtliche Helfer den Betrieb unterstützten.

Auf Nachfrage des **Abg. Dr. Fröhlich**, welche Entwicklung in 2008 beobachtet worden sei, erläutert **KOAR Horn**, dass die Zahl der Hilfeempfänger steige und sich insgesamt auf einem hohen Niveau befände.

(Anmerkung zu Protokoll: zur Zeit erhalten nach aktueller Auskunft des Vereins Tandem e.V. 900 Personen Unterstützung durch die Tafel)

Abg. M. Blanken fragt nach, was sich aus dem Gespräch ergeben habe und wie die Kooperation ablaufe. **KOAR Horn** weist auf den Wunsch der Erfüllung der Zuschussanträge hin und erläutert, dass Tandem e.V. in die Arbeit des Landkreises eingebunden sei, eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktportal erfolge und Tandem e.V. anerkenne, dass der Landkreis Gelder zur Verfügung stelle. **Abg.e Brandt** schlägt vor, sich die Bremervörde Tafel vor Ort anzusehen. **KVD'in von Ostrowski** erklärt, dieses sofern es gewünscht werde, im nächsten Jahr durchführen zu wollen. **Abg. von Bothmer** fragt an, ob ein entsprechender Kostenplan eingereicht worden sei. Diese Frage beantwortet **KOAR Horn** und erklärt, dass ein entsprechender Kostenplan eingereicht worden sei.

Beschluss:

Hier beginnen

Punkt 6 der Tagesordnung: **Sachstandsbericht ArRoW zum Thema "Abbau der Jugendarbeitslosigkeit"**

KAR Glüsing berichtet über den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Zunächst führt er aus, dass das Ziel erreicht worden sei und die Quote bei 0,998 % läge. Dann erläutert er weiter, dass sich zur Zeit das Projekt My Life in der Startphase befände. In diesem Projekt, so erläutert **KAR Glüsing** weiter, würden Persönlichkeiten für ein Coaching von Jugendlichen gesucht. Er erläutert, dass im Frühjahr eine Auftaktveranstaltung stattfinden solle und das Projekt von der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde unterstützt werde. Schließlich wirbt er dafür, bei Interesse einen Flyer mitzunehmen. **KVD'in von Ostrowski** ergänzt, dass es auch für den Coach einen persönlichen Gewinn bedeuten könne. **KAR Glüsing** erläutert daraufhin, dass es sich hierbei nicht um ein SGB II-Projekt handele, sondern es sich an alle Jugendlichen im Landkreis richte. Auf Nachfrage des **Abg. Bruns**, wie hoch die Jugendarbeitslosigkeit zuvor gewesen sei, berichtet **KAR Glüsing**, dass die Jugendarbeitslosigkeit vormals bei 3% gelegen hätte. Die Nachfrage der **Abg.e Frömming**, wie der finanzielle Rahmen des Projekts gestaltet sei, antwortet **KAR Glüsing** und erläutert, dass hier einmalig 5.000,- € für den Anschub eingesetzt werden würden. Diese Kosten seien, so führt er weiter aus, für die Druckkosten der Flyer und Plakate entstanden. Ferner erläutert er, dass die Coaches lediglich ehrenamtlich tätig seien. **Abg.e Frömming** fragt weiterhin nach, ob ein Coaching für die Coaches erfolgen werde. Hierauf antwortet **KAR Glüsing** und erläutert, dass hier ein Austausch vorgesehen sei und in diesem Zusammenhang auch ein Internetauftritt mit Foren zur Verfügung stünde. **Abg. von Bothmer** fragt nach, wie viele Jugendliche der Quote von 3 % entsprächen. **KAR Glüsing** erläutert, dass er die Zahlen für November 2008 noch nicht vorwegnehmen möchte, jedoch etwa 100 Jugendliche je %-Arbeitslosenquote zu erwarten seien. **Abg. von Bothmer** stellt daraufhin fest, dass etwa 200 von 300 Jugendlichen nicht mehr arbeitslos seien.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Verwaltungshandreichung "Förderung von Seniorenveranstaltungen"**

KVD'in von Ostrowski erläutert, dass die Verwaltungshandreichung angepasst worden sei. Neu sei, so erläutert sie, dass nun Veranstaltungen, die Bezug zu Senioren aufzeigen und der Geselligkeit dienen, gefördert werden könnten. Voraussetzung sei nun, so erklärt sie, dass Antragssteller nicht Städte und Gemeinden sind. Eine Förderung käme nicht in Betracht, so **KVD'in von Ostrowski** weiter, wenn es sich um eine Veranstaltung zur körperlichen Ertüchtigung handelt, da Altenhilfe kein Sportangebot sei. Daneben, so schließt sie ihre Ausführungen, seien redaktionelle Änderungen vorgenommen worden. **Abg. H. Blanken** stellt dar, dass die Änderungen beachtlich

seien und schlägt vor, eine Höchstgrenze für die Förderungen einzufügen, so dass je Antragsteller maximal 12 Veranstaltungen jährlich gefördert werden könnten.

Auf Nachfrage der **Abg.e Brandt** erläutert **KVD´in von Ostrowski**, dass bisher keine so oft wiederholte Antragstellung einzelner Veranstalter bekannt sei, zugleich jedoch nichts gegen eine Begrenzung spreche. **Abg. M. Blanken** fragt nach, ob die finanziellen Mittel ausreichen würden. Dazu führt **KOAR Horn** aus, dass bisher 10.500,- € von zur Verfügung stehenden 35.000,- € ausgegeben worden seien. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen sodann über den Vorschlag der Verwaltung unter Beachtung einer Begrenzung der Förderungen je Anbieter auf maximal 12 pro Jahr ab.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 8 der Tagesordnung: Haushalt 2009 der Ämter 50, 53 und 55

Punkt 8.1 der Tagesordnung: Zuschussanträge für 2009

Vors. Bargfrede lobt zunächst die Vorbereitung zu diesem Tagesordnungspunkt. **KVD´in von Ostrowski** nimmt den Dank entgegen. **Vors. Bargfrede** schlägt vor, Antrag für Antrag abzuarbeiten. Sodann erläutert **KVD´in von Ostrowski** auf Nachfrage von **Abg.e Brandt** den Zuschussantrag des Ev.-luth. Kirchenkreises Rotenburg (Wümme). **Vors. Bargfrede** ergänzt, dass zwei Ausgabestellen in Scheeßel und Visselhövede hinzugekommen seien. **Abg. Dr. Fröhlich** schlägt vor, die Hauptstellen mit je 1.000,- € und die Nebenausgabestellen mit je 500,- € zu bezuschussen. Darauf führt **Abg. M. Blanken** aus, dass mit mehr Tafeln der „Kuchen“ ebenfalls wachsen sollte. **KOAR Horn** erläutert hierzu, dass an beiden Stellen Kühlgeräte und Logistik erforderlich seien, am Hauptsitz noch die Disposition hinzukäme, insgesamt ein dem Grunde nach vergleichbarer Aufwand bestünde. **Abg. M. Blanken** greift diese Ausführungen auf und schlägt vor, alle Stellen mit je 1.000,- € zu bezuschussen. **Vors. Bargfrede** erläutert, dass er nach Rücksprache erfahren habe, dass mit einer Kühlstelle für mehrere Einrichtungen eine Ersparnis erreicht werden könne. **Abg. M. Blanken** sieht hierin einen Anreiz für eine Kooperation. Daraufhin erläutert **Abg. Dr. Fröhlich**, dass die Tafel von Bremervörde aus organisiert würde, was zu einem geringeren Aufwand für die Stelle in Gnarrenburg führe. **Abg. Engelken** weist in diesem Zusammenhang auf die 25 km-Grenze der Tafeln hin. **Abg. Dr. zum Felde** vertritt die Auffassung, dass eine Hauptstelle höhere Kosten habe und eine Unterscheidung gerechtfertigt sei. **Abg. von Bothmer** fragt, wo die Kosten verursacht werden und schlägt vor, die Kosten in Augenschein zu nehmen. **Abg.e Brandt** führt aus, dass die Kosten an jeder Stelle anfielen und auch eine gegenseitige Aushilfe der Tafeln bekannt sei. Auf die Nachfrage des **Abg. Klee**, in wie weit auch die Stelle in Sottrum berücksichtigt worden sei, antwortet **KVD´in von Ostrowski** und erläutert, dass bisher kein entsprechender Antrag vorliege. **Abg. Klee** ergänzt, dass die Stelle an die Tafel in Rotenburg angegliedert sei und fragt, ob die Kosten erst nach Vorlage einer Kostenaufstellung gezahlt würden. **KOAR Horn** erläutert daraufhin, dass zum einen bisher kein Antrag vorläge, zum anderen sei die Stelle unter dem Dach der Rotenburger Tafel und zudem ein gemeinnütziges Projekt, so dass bisher keine Rechnungsprüfung erfolgt sei und man von einer zweckgerichteten Verwendung ausginge. **Abg. H. Blanken** schlägt vor, die Aufteilung lediglich als griffige Richtlinie zu verstehen und stellt dar, dass die Aufteilung des Zuschusses Sache des Kirchenkreises sei. **Abg. Trau** hält die Unterscheidung für eine gute Regelung. **Abg. von Bothmer** fragt, ob die Zuschüsse an die Träger gezahlt werden. Nachdem dieses von **KVD´in von Ostrowski** bejaht wurde, beantragt **Abg. von Bothmer** wie vorgeschlagen zu verfahren. Schließlich ergänzt **Abg. Poredda**, dass ohne das ehrenamtliche Engagement diese Leistungen nicht möglich seien.

Der Ausschuss beschließt folgende Vorschläge für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für den Ev.-luth. Kirchenkreis Rotenburg (Wümme):

Der Ev.-luth. Kirchenkreis Rotenburg (Wümme) erhält für den offenen Mittagstisch einen Zuschuss in Höhe von 1.250,- €.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Der Ev.-luth. Kirchenkreis Rotenburg (Wümme) erhält für die „Rotenburger Tafel“ einen Zuschuss in Höhe von 2.000,- €.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

KVD´in von Ostrowski erläutert den Zuschussantrag des Vereins Tandem e.V. und weist darauf hin, dass für die Tafel in Zeven ein eigener Zuschussantrag vorliege. **Abg.e Brandt** schlägt vor, den Zuschuss mit einem Vorbehalt für die Förderung einer Tafel in Gnarrenburg zu versehen und den Topf zu erhöhen. **KVD´in von Ostrowski** erläutert dazu, dass in der Richtlinie vorgesehen sei, dass sich Projekte ein Jahr selber tragen sollten und bisher kein entsprechender Antrag vorläge. **Vors. Bargfrede** weist auf die Zuschüsse der Städte und Gemeinden hin und erläutert, dass diese vor Ort unterschiedlich und beim Kreis für alle gleich seien. So könne, so **Vors. Bargfrede** weiter, Tandem e.V. im nächsten Jahr weitere 1.000,- € erhalten und die Bremervörder Tafel erhalte nun wie bisher 1.000,- €. **Abg.e Brandt** ergänzt hierzu, dass die Verwaltung auf die Zuschussregelung der Nebenstellen hinweisen sollte.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für den Verein Tandem e.V.:

Der Verein Tandem e.V. erhält für die Beschäftigungsinitiative und die Bremervörder Tafel einen Zuschuss in Höhe von 3.000,- €.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Vors. Bargfrede stellt den Zuschussantrag der Telefonseelsorge Elbe-Weser vor. **KVD´in von Ostrowski** ergänzt hierzu, dass die Telefonseelsorge mit hohem ehrenamtlichen Engagement betrieben werde.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für die Telefonseelsorge Elbe-Weser:

Die Telefonseelsorge Elbe-Weser erhält einen Zuschuss in Höhe von 1.500,- €.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
|-------------|----|

Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

KVD'in von Ostrowski weist auf den Zuschussantrag des Präventionsrates der Samtgemeinde Zeven hin und erläutert, dass hier die Fördervoraussetzungen nicht gegeben seien, da die Samtgemeinde Zeven dahinter stünde und zugleich ein Bezug zum SGB II bzw. SGB XII nicht gegeben sei.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für den Präventionsrat der Samtgemeinde Zeven:

Der Präventionsrat der Samtgemeinde Zeven erhält keinen Zuschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

Auf Nachfrage des **Abg. M. Blanken**, ob der Antrag des SIMBAV e.V. besser im Kinder- und Jugendhilfeausschuss aufgehoben sei, erläutert **KOAR Horn**, dass es sich nach einem Gespräch mit SIMBAV e.V. um einen zielgerichteten Versuch handele, Geld aus dieser Richtlinie zu erhalten. **Abg. M. Blanken** schlägt vor, den Antrag in den Jugendhilfeausschuss einzubringen. Daraufhin bittet **Frau Schmidt** die Politik, den Antrag in die Gremien einzubringen. **Abg. Bruns** erläutert, dass der Antrag an den Landrat gerichtet sei, die Verteilung Aufgabe der Verwaltung sei, es inhaltlich darum ginge, denjenigen zu helfen, die ihr Kind behalten wollen, der richtige Ausschuss der Finanzausschuss sei und empfiehlt den Antrag wohlwollend zu behandeln. **Abg.e Brandt** greift diese Ausführungen auf und erläutert, dass dies ein Thema für die Zukunft sei und schlägt vor, den Antrag wohlwollend weiterzugeben.

Der Ausschuss beschließt, den Antrag in den Finanzausschuss mit der Bitte um wohlwollende Prüfung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

KVD'in von Ostrowski stellt den Zuschussantrag des Ev.-luth. Kirchenkreises Bremervörde/Zeven für die Zevener Tafel vor. **Vors. Bargfrede** schlägt vor, dem Ev.-luth. Kirchenkreis Bremervörde/Zeven für die Zevener Tafel einen Zuschuss in Höhe von 1.500,- € zuzusprechen.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für den Ev.-luth. Kirchenkreis Bremervörde/Zeven:

Der Ev.-luth. Kirchenkreis Bremervörde/Zeven erhält einen Zuschuss für die Zevener Tafel in Höhe von 1.500,- €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

KVD´in von Ostrowski erläutert den Zuschussantrag des Vereins i-punkt-Hilfe e.V. **Vors. Bargfrede** ergänzt, dass auch die Stadt dem Verein einen Zuschuss gewähren würde.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für den Verein i-punkt-Hilfe e.V.:

Der Verein i-punkt-Hilfe e.V. erhält einen Zuschuss in Höhe von 250,- €.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

KVD´in von Ostrowski stellt die Zuschussanträge der Asthma-Selbsthilfe-Gruppe, der Palliativ- und Hospizarbeit in der Region ROW und des DMSG vor.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag für die Verteilung der im Haushaltsplan 2009 im Produkt 35.1.03 veranschlagten Mittel für die Asthma-Selbsthilfe-Gruppe, die Palliativ- und Hospizarbeit in der Region ROW und der DMSG:

Die Asthma-Selbsthilfe-Gruppe, die Palliativ- und Hospizarbeit in der Region ROW und die DMSG erhalten keine Zuschüsse.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Vors. Bargfrede fasst zusammen, dass nun Zuschüsse in Höhe von 9.500,- € beschlossen worden seien und in den Haushalt 10.000,- € eingestellt werden müssten.

Der Ausschuss beschließt folgenden Vorschlag: Im Haushaltsplan 2009 werden im Produkt 35.1.03 Mittel in Höhe von 10.000,- € veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2009**

KVD´in von Ostrowski weist auf den Produktplan des Gesundheitsamtes hin. **Abg. von Bothmer** verlässt die Sitzung um 16.00 Uhr. **Abg. Dr. Fröhlich** bittet darum, Ziele in der Zukunft zu konkretisieren und messbar zu machen. **Vors. Bargfrede** fragt nach Wortmeldungen zu den Seiten 196 ff. des Haushaltsplanes. **Abg. M. Blanken** fragt, warum keine Ansätze im Produkt BAFöG erfolgt seien. **KVD´in von Ostrowski** erläutert hierzu, dass es sich um ein statistisches Erfordernis und eine Vorgabe der Gemeinde Haushalts- und Kassenverordnung handele. **Vors. Bargfrede** fragt, ob Wortmeldungen zu den Seiten 203 ff. des Haushaltsplanes bestünden. **Abg.e Brandt** sagt, dass ab 01.01. für Sozialhilfe und Wohngeld mehr Geld im Haushalt sei. **KVD´in von Ostrowski** erläutert dazu, dass es sich beim Wohngeld wie bei BAFöG um Leistungen handele, die direkt gebucht werden würden. Weiterhin erläutert sie das Prinzip der Einkommensanrechnung nach dem SGB II und stellt dar, dass so die Hoffnung bestünde in Zukunft weniger Arbeitslosengeld II zahlen zu müssen. **Abg.e Brandt** weist darauf hin, dass es wichtig sei, die Anträge zeitnah

zu bearbeiten. **KOAR Horn** erläutert dazu, dass zur Zeit sehr gute Laufzeiten bestünden und die Vorbereitungen getroffen worden seien, das Personal um zwei weitere Kräfte zu Beginn 2009 aufstocken zu können. **KVD´in von Ostrowski** ergänzt, dass hier Kräfte mit langjähriger Berufserfahrung eingesetzt seien. **Vors. Bargfrede** fragt nach Wortmeldungen zu den Seiten 209 ff. des Haushaltsplanes. **Abg. H. Blanken** schlägt vor, alle Seiten durchzugehen. **KVD´in von Ostrowski** weist auf Seite 210 des Haushaltsplanes hin, erwähnt den Ansatz der Eingliederungshilfe und bittet den Ausschuss diesen zur Kenntnis zu nehmen. In diesem Bereich, so erläutert sie weiter, sei eine steigende Tendenz bei zunehmenden Fallzahlen zu beobachten. Schließlich weist sie darauf hin, dass etwa die Hälfte der Mittel aus dem Bereich der Sozialleistungen für die Eingliederungshilfe verwendet würden. **Vors. Bargfrede** bittet um Wortmeldungen zu den Seiten 211 ff. des Haushaltsplanes. **KVD´in von Ostrowski** weist auf den Ansatz der Grundsicherung auf Seite 218 hin und erläutert hierzu die Ursache in geringen Renten. Auf Nachfrage von **Abg.e Brandt**, ob die abgebildete Anzahl der Fälle fortgeführt werde, antwortet **KVD´in von Ostrowski** und bejaht dies. **Vors. Bargfrede** bittet daraufhin um Wortmeldungen zu den Seiten 221 ff. des Haushaltsplanes. **KVD´in von Ostrowski** weist hier darauf hin, dass in diesem Teil auch die veranschlagten 35.000,- € der Altenhilfe enthalten seien. **Vors. Bargfrede** bittet sodann um Wortmeldungen zu den Seiten 227 ff. des Haushaltsplanes. **KVD´in von Ostrowski** weist darauf hin, dass die Ausgaben im Asylbereich zurückgingen. **Vors. Bargfrede** bittet um Wortmeldungen zu den Seiten 234 ff. des Haushaltsplanes. Auf Nachfrage des **Abg. M. Blanken**, ob in den Leistungen für Kriegsoffer auch Leistungen für heutige Soldaten enthalten seien, antwortet **KVD´in von Ostrowski** und führt aus, dass diese Leistungen auch für gegenwärtige Soldaten gedacht seien und so steigende Zahlen zu erwarten seien. **Abg. von Bothmer** kehrt um 16.13 Uhr in den Sitzungssaal zurück. Nach Aufruf der Wortmeldungen zu den Seiten 239 ff. und 255 ff. des Haushaltsplanes durch **Vors. Bargfrede** weist **KVD´in von Ostrowski** darauf hin, dass hier der Ansatz nun auf 10.000,- € erhöht sei. **Abg.e Brandt** stimmt diesen Ausführungen zu. Daraufhin bittet **Vors. Bargfrede** um Wortmeldungen zum Abschnitt Gesundheit des Haushaltsplanes ab Seite 309. Auf Nachfrage der **Abg.e Brandt**, ob es hier zu einem Personalabbau gekommen sei, erläutert **KOAR Horn**, dass sich lediglich die Zuordnung der Mittel verändert habe. **Abg. Trau** verlässt die Sitzung um 16.16 Uhr. **Vors. Bargfrede** leitet über zu den Ausgaben des Arbeitsmarktportals. Auf Nachfrage des **Abg. M. Blanken** zu den sinkenden Ausgaben für Transferleistungen, erläutert **KAR Glüsing**, dass hier sinkende Bedarfsgemeinschaftszahlen erwartet würden und bisher der stärkste Rückgang bei den Bundesmitteln zu verzeichnen sei. **Abg.e Brandt** fragt, warum auf Seite 347 erhöhte Transferleistungen verzeichnet seien. Auf diese Frage antwortet **KAR Glüsing** und erläutert, dass bei diesen einmaligen Leistungen durch die Rechtsprechung leichtere Voraussetzungen entwickelt worden seien und so eine vermehrte Inanspruchnahme erwartet werde. Darauf fragt **Abg.e Brandt**, wie viele sozialgerichtliche Verfahren vorlägen. Hierauf erläutert **KAR Glüsing**, dass etwa 150 Verfahren anhängig seien. Schließlich ergänzt **KVD´in von Ostrowski**, dass auf Seite 350 des Haushaltsplanes ein Rückgang um 3 Mio. € zu verzeichnen sei.

Der Ausschuss beschließt, dass für die weiteren Haushaltsplanberatungen zum Haushaltsplan 2009 die betreffenden Voranschläge für die Erträge und Aufwendungen und der Investitionen mit den entsprechenden Ein- und Auszahlungen der Produkte der Teilhaushalte 4, 6 und 7 empfohlen werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 12 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

Abg. Engelken verlässt die Sitzung um 16.20 Uhr.

Punkt 9 der Tagesordnung: Anfragen

| | |
|------------------------------------|--|
| Punkt 9.1 der Tagesordnung: | Anfrage des Seniorenrates des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum Betreuten Wohnen für Senioren |
|------------------------------------|--|

KVD'in von Ostrowski stellt die Anfrage des Seniorenrates im Landkreis Rotenburg (Wümme) vor und beantwortet zunächst die Frage, ob die im Landkreis vorhandenen Angebote bekannt seien. Sie führt dazu aus, dass die Anlagen des Betreuten Wohnens mit den Ansprechpartnern in einer Liste in der Seniorenberatung erfasst seien. Danach beantwortet sie die Frage, ob die Notwendigkeit und Möglichkeit gesehen werde, Maßnahmen zu ergreifen, die den geschilderten Vorfall ausschließen, und erläutert dazu, dass die Anlagen nicht dem Heimgesetz und damit nicht der Heimaufsicht unterlägen und eine Kontrolle nicht möglich sei. Sie erläutert weiter, dass die Möglichkeit gegeben sei, Einrichtungen nach DIN 77800 zu zertifizieren, es sich beim Betreuten Wohnen jedoch nicht um einen geschützten Begriff handele. Auf die Anmerkung von **Herrn Bitomsky**, dass in Hamburg Konsequenzen aufgrund des Falles angekündigt worden seien, antwortet **KVD'in von Ostrowski** und erklärt, dass bisher keine Konsequenzen bekannt seien. Auf Nachfrage des **Abg. Dr. Fröhlich**, wer dafür zuständig sei, berichtet **KVD'in von Ostrowski**, dass es Aufgabe des Gesetzgebers, hier des Bundes, sei. Daraufhin fragt **Abg. M. Blanken**, ob im Rahmen einer Seniorenberatung ein Abraten möglich sei. Diese Frage beantwortet **MedOR Möckel** und führt aus, dass ein Abraten in einer gezielten Einzelfallberatung möglich sei. Sodann fragt **Abg. M. Blanken**, ob ein Überblick über das Betreute Wohnen bestünde. Hierauf antwortet **KVD'in von Ostrowski** und erläutert, dass ein Überblick bestünde, zugleich jedoch grundsätzlich Neutralität gegeben sei und man letztlich dem Menschen verpflichtet sei. Schließlich regt **Herr Bitomsky** an, den Begriff des Betreuten Wohnens zu schützen. **MedOR Möckel** ergänzt hierzu, dass durch das Einfordern der Zertifizierung Druck auf die Anbieter ausgeübt werden könne. Schließlich regt **Abg. Bruns** eine Initiative über den Landkreistag an und **Abg. von Bothmer** ergänzt, dass der Begriff etwas anderes initiiere als es tatsächlich sei und schlägt vor, dies der Sozialministerin vorzutragen und eine Petition zu diesem Thema in den Landtag einzubringen.

Abg. Klee fragt nach der Haltung des Landkreises hinsichtlich des Schulanfängerpaktes der Kirche. Auf diese Frage antwortet **KVD'in von Ostrowski**, dass sich das Problem nach Änderung des Gesetzes durch das Familienleistungsgesetz nicht mehr stelle und es im Übrigen bei der Entscheidung des Landrates bleibe.

Vors. Bargfrede schließt den öffentlichen Teil um 16.40 Uhr und bedankt sich bei der Presse.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer